

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rte.straße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Kritische Nachlese von Breslau

F. K. Der Vertretertag einer Bewegung hat sich mit der Vergangenheit wie mit der Zukunft zu beschäftigen. Er muß das Getane kritisch mustern und das zu Ende auf Grund der neuen Erkenntnisse bestimmen. Von dem Maße seiner Aufmerksamkeit, das er der Vergangenheit und der Zukunft zuwendet, lassen sich Schlüsse auf seine politische Klugheit und die Lebenskraft der Bewegung ziehen. Der Vertretertag einer müden, überlebten Bewegung wird das Gesicht rückwärts, der einer lebendigen, fortschrittlichen Bewegung das Gesicht vorwärts richten.

Der Breslauer Gewerkschaftskongreß hatte die drei Jahre seit dem Leipziger Kongreß zu mustern. Es war dies eine an Stürmen, Erschütterungen, Opfern und Enttäuschungen beispiellos reiche Zeit. In diesen drei Jahren war der Meuchelmord an Rathenau, der nationalsozialistische Feldzug gegen die Republik, die Ruhrbesetzung, die Inflation, die Ausplünderung der Volksmasse durch eine Handvoll Großkapitalisten, die Entkräftung der Gewerkschaften, der Raub des Achtstundentages, schwere Wirtschaftskrisen und ein unerbittlicher Steuer- und Zollwucher geschehen. In all diese bedeutenden Vorgänge und noch viele andere mußte der Gewerkschaftsbund oder seine Leitung handelnd eingreifen. Es wäre mithin verständlich gewesen, wenn sich der Kongreß mit diesen so bewegten Jahren einige Tage beschäftigt hätte. Allein, die Neigung hierzu war auffallend gering. Sicherlich ist mancher Vertreter mit der Absicht nach Breslau gekommen, mit dem Bundesvorstand wegen seinem Tun oder Unterlassen zu rechten; aber stärker als die Kritiklast zeigte sich der Wille, für das Künftige zu sorgen. Dies geschah sehr ruhig und sachlich. Ruhe ist ein Zeichen der Kraft. Die deutschen Gewerkschaften haben die Forderung und Wirkung übermunden; das Selbstvertrauen und Verantwortungsgesühl sind wieder allgemein im Gegensatz zur Mehrheit taten die zwei kommunistisch gestimmten Vertreter, die spärlichen Zeugen einer günstigeren Vergangenheit, ihr möglichstes, die Tätigkeit des Bundesvorstandes zu heheln. Daß sie dabei auf ihre Rechnung gekommen wären, läßt sich nicht gerade behaupten. Die wortverstärkenden Schalleiter, die die kommunistische Abordnung nach in Leipzig fand, sind verschwunden, von „Sympathisierenden“ keine Spur mehr. Der stinkende Stern kann „Sympathisierende“ nicht reizen. Durch die Kritik der kommunistischen Kollegen am Vorstandsbericht wurde die andere Seite veranlaßt, die kommunistische Tätigkeit in verschiedenen Gewerkschaften zu beleuchten, so daß man sich zuweilen fragen mußte, von wem eigentlich Rechenschaft gefordert werde. Mit Recht konnte der Berichterstatter, Genosse Leipzig, seine Freude über sein Ersttauchen darüber ausdrücken, daß man so wenig an der dreijährigen Tätigkeit des Bundesvorstandes auszusetzen gehabt habe. Ihm wurde mit allen gegen eine oder zwei Stimmen Entlastung erteilt. Dermaßen einhellig ist wohl noch keiner Bundesleitung das Vertrauen ausgedrückt worden.

Am die Mitte des zweiten Verhandlungstages schon wandte sich der Kongreß dem Künftigen, der Hauptaufgabe zu. Die beiden Hauptredner zu dieser Sache: Die Wirtschaft und die Gewerkschaften, hatten die volle Aufmerksamkeit der Versammlung von Anfang bis zu Ende. Was der eine der beiden Redner, Professor Dr. Hermsberg, über die heutige deutsche Wirtschaft sagte, war überaus klar und überzeugend. Er sagte, wohl sei die deutsche Wirtschaft gegenüber der weltbewerben auslandischen durch soziale Ausgaben, Frachtkosten und Kriegsentzückung um foundsviele hundert Millionen vorbelastet; aber diese Mehrbelastung werde durch die billigeren deutsche Arbeitskraft mehr wie ausgeglichen. Dant der niedrigeren Löhne habe die deutsche Wirtschaft ihren Wettbewerbern gegenüber eine jährliche Ersparnis von acht Milliarden Mark voraus. Und selbst wenn man diese Summe weit unter ihrer Tatsächlichkeit, auf die Hälfte ansehe, sei sie immer noch bedeutend höher als die Mehrbelastung durch Kriegsentzückung, Sozialpolitik, Frachtkosten usw. Somit könne man für die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft oder für deren Wettbewerbsfähigkeit nicht die heutigen Arbeitslöhne und die Arbeitszeit verantwortlich machen, sondern die Ursachen des Übels müßten wo anders liegen.

Diese Darlegung ist, wie gesagt, so klar und so überzeugend, daß sie nur durch Zustimmung unterstrichen zu werden braucht. Leider war Professor Dr. Hermsberg weniger klar und einbrücksvoll in der zweiten Hälfte seines Vortrags, wo man auf seine Schlussfolgerungen aus dem Stande der wirtschaftlichen Dinge für die Gewerkschaftspolitik wartete. Als er auf die Mittel und Wege zur Verringerung oder Milderung der Wirtschaftsschäden und auf den Anteil, den die Gewerkschaften daran nehmen könnten und müßten, zu sprechen kam, wurde er unbestimmt und unschlüssig. Er meinte, die Arbeiter könnten an der Wirtschaftsführung nicht teilnehmen, weil eine solche nicht vorhanden sei; er betonte wiederholt, die Gewerkschaften dürften sich nicht an der Hebung der Produktivität beteiligen, da hierfür die Unternehmer allein verantwortlich seien; er warnte, anstatt dem gewerkschaftlichen Ziel Ersatzziele zu setzen. Es war aber nicht klar zu erkennen, was er unter dem einen, was unter den andern zu verstehen wünscht, noch worin für die praktische Gewerkschaftsarbeit der Unterschied zwischen beiden Zielarten besteht; auch unterließ er, zu sagen, warum das, was ihm Ersatzziele sind, nicht Marksteine auf dem Wege zu dem obersten gewerkschaftlichen Ziele sein können. Mit bloßen Verneinungen ist, was hier wohl kaum gesagt zu werden braucht, für die Verstärkung oder Vertiefung der Gewerkschaftsarbeit wenig gewonnen. Der Redner hielt dafür, daß die Gewerkschafter nach wie vor in dem Kampfe um höheren Lohn ihre hauptsächlichste (wenn nicht einzige) Aufgabe zu erblicken hätten; denn durch den Zwang,

„Preissenkung“

Aber die Vergesslichkeit des deutschen Volkes muß man staunen. Am den Unmut über die neuen Zölle und Steuern zu beschwichtigen, hat die Regierung Luther eine große Preissenkungsaktion begonnen und täglich wimmeln nun die Zeitungen von Aufzügen über das, was die Regierung alles plant und über die großartigen Erfolge, die sie sich davon verspricht. Tag für Tag schlucken das die Leser geduldig in sich hinein und haben ganz vergessen, daß sie das alles, sogar in derselben Form und Ausmachung — vor einem Jahr schon einmal gelesen haben! Es ist kaum zu glauben, wie die Zeitungen auf die Vergesslichkeit ihrer Leser rechnen. Sonst könnten sie es doch nicht wagen, ihnen genau dieselben Gebankengänge und „Beweisführungen“ heute schon wieder vorzulesen! Damals geschah es zu dem Zweck, die Verorqunisse wegen der kommenden Daweslasten zu beschwichtigen. Am 13. Sept. 1924 — unmittelbar nach dem Wirkungsbeginn der Dawesgesetze verkündete das Volkssche Telegraphenbüro amtlich:

„Nach Annahme der Gesetzentwürfe im Anschluß an das Londoner Abkommen ist die Sorge der Reichsregierung darauf gerichtet, die Lasten, auf deren Aufbringung das deutsche Volk sich einrichten muß, möglichst tragbar zu machen...“

Dazu sei es nötig, insbesondere das noch immer teilweise über dem Friedensstand liegende Preisniveau zu senken.“

Dieselbe Weise, derselbe Text wie im August und September 1925. Übrigens wurden die damals angekündigten Maßnahmen ziemlich schnell verwirklicht. Bis zum 1. Oktober und zum Teil noch früher traten in Kraft: eine Herabsetzung der Eisenbahngütertarife, eine Ermäßigung der Postgebühren, der Kohlenpreise, der Umschaltener und anderes. Das sind Maßnahmen, die sich neben den mageren vier Punkten der jetzigen Regierung (ich darf sie bei den Lesern dieses Blattes als bekannt voraussetzen) sehr vorteilhaft ausnehmen. Und was war der Erfolg? Hören wir ein paar Äußerungen von Leuten, deren „staatsbehaltende“ Gesinnung keinen Zweifel duldet.

Am 5. November 1924 schrieb die Germania, das führende Blatt der Zentrumsparlei: alle Maßnahmen der Regierung hätten bisher keinen Preisabbau gebracht, im Gegenteil habe in den letzten acht Wochen die Reichsindexziffer eine Steigerung um 6,9 vH. erfahren.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die damals noch Herrn Sinnes gehörte, ließ sich am 11. November 1924 wie folgt vernehmen:

„Die Regierung scheint den Einfluß, den sie auf das Preisniveau nehmen kann, doch stark zu überschätzen. Bis jetzt hat man, so oft auch die Preisabbaupolitik von der Regierung während der letzten Jahre proklamiert und verfolgt wurde, noch nie einen Erfolg konstatieren dürfen... Ermäßigung der Produktionskosten durch Begünstigung übermäßiger Steuerbelastung und andere Dinge sind sehr zu begrüßen. Nur mag man überzeugt sein, daß das alles auf die Preisbewegung gar keinen Einfluß hat.“

Desgleichen stellt die „Wirtschaftskurve“ der Frankfurter Zeitung gerade in den Monaten August, September und Oktober 1924 eine Erhöhung der Weizahl im Großhandel von 144 auf 157, im Kleinhandel von 128 auf 143. Und gegenwärtig verlaufen die Dinge in ganz derselben Weise. Inzwischen die Regierung „Maßnahmen“ ankündigt, indes sie die Verbilligung der Zinsen schon angeordnet hat, steigen die Preise von Tag zu Tag.

Ist das Zufall oder waltet hier eines jener „ehernen Gesetze“ der Wirtschaft, wonon die Kapitalisten so gern sprechen, ohne doch im Grunde ihres Herzens daran zu glauben?

Man komme nicht mit dem Hinweis auf die neuen Zölle und Steuern, die natürlich preissteigernd wirken müssen. Denn es handelt sich ja nicht nur um den einen Fall vom Herbst 1925.

Es handelt sich um eine lange Reihe gleichartiger Vorgänge. Die Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte ganz Recht, als sie auf die vielen gleichartigen Bemühungen „der letzten Jahre“ hinwies. Man kann sagen, daß seit 1914 jede deutsche Regierung, ob kaiserlich ob republikanisch, auf Preisentzug hinarbeitete. Und mindestens während des Krieges war es ihnen auch ernst damit. Wie hätte das die Stimmung der Massen fürs „Durchhalten“ begünstigt! Aber gelungen ist es nie. Selbstverständlich gab es dafür jedes einzelne Mal einen besonderen vorübergehenden Grund: voriges Jahr die Dawesgesetze, dieses Jahr die Zölle. Aber ist es nicht merkwürdig, daß immer und immer wieder im entscheidenden Augenblick jolch ein besonderer Grund sich fand, der alles durchkreuzte?

Betrachten wir nur die Entwicklung der letzten zwei Jahre, seit der Schöpfung der Rentenmark. Damals trat ja wirklich zunächst eine beträchtliche Verbilligung der Waren ein und die meisten Leute hielten das für eine Wirkung der Rentenmark und glaubten, es werde nun dabei bleiben. Wie aber ist es in Wirklichkeit weiter gegangen? Hier die Reihe der amtlichen Messzahl. Um den Vergleich zu ermöglichen, ist der alte, seit Februar 1925 aufgehobene Index eingeseht, der neue in Klammern beigefügt.

	Großhandel	Lebenshaltung
1913/14	100	100
1924 Januar	117	110
April	124	112
Juli	116	116
Oktober	191	122
1925 Januar	198	124
April	181	127 (187)
Juli	195	154 (148)
August	192	— (145)

Dabei ist zu beachten, daß die amtliche Indexberechnung ganz offensichtlich falsch ist. Oder glaubt jemand in Deutschland, daß die Lebenshaltung heute nur um 40 bis 50 vH teurer ist als vor dem Kriege? Oder daß im Großhandel die Preise in Deutschland weit weniger stark gestiegen sind als in England und Amerika?

Aber selbst diese wertellos viel zu kleinen Zahlen zeigen eine ganz beträchtliche Verteuerung an: im Großhandel (von 117 auf 192) 13 vH und bei der Lebenshaltung (von 110 auf 134) gar 22 vH. Und das in einer Zeit von 19 bis 20 Monaten! Vor dem Weltkrieg stiegen in Deutschland in dem langen Zeitraum von 14 Jahren — 1900 bis 1913 — die Preise um etwa 25 vH und alle Welt war entsetzt über die Teuerung der Jahre 1912 und 1913. Jetzt legen wir denselben Weg spielend in anderthalb bis zwei Jahren zurück.

Lasset alle Hoffnung fahren. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine Regierung, die soeben die Zölle und Steuern geschaffen hat, die überdies noch die Einfuhrscheine wieder einführt, überhaupt ernstlich eine Senkung der Preise will, so kann sie doch gar nichts erreichen. Hier liegt wirklich mal der Fall vor, daß sie auf ein „ehernes Gesetz“ der Wirtschaft stößt, das sich durch Deklamationen und Verordnungen nicht wegräumen läßt. Dieses Gesetz aber lautet: in seiner gegenwärtigen Verfassung lebt der deutsche Kapitalismus überhaupt nur von einer fortschreitenden Verkürzung des Anteils der Arbeiter am Ertrage der Produktion. Solche Verkürzung unausgesetzt vorzunehmen, gebietet ihm die Selbsterhaltung. Sie geschieht entweder unmittelbar durch Lohnsenkung oder mittelbar durch Preissteigerung. Das ist der tiefe innere Grund, weshalb wir seit 1914 eine ständig aufsteigende Linie der Preise sehen. Das der Grund, weshalb sich jedesmal etwas „Zufälliges“ fand, um die Verbilligung zu vereiteln.

höhere Löhne zahlen zu müssen, würden die Unternehmer zur Verbesserung ihrer Betriebe und zur Steigerung der Produktivität getrieben, und andererseits ermöglichte das höhere Einkommen dem Arbeiter, sich besser zu bilden und an den kulturellen Errungenschaften teilzunehmen.

Es steht außer Frage, daß die Gewerkschaften den Lohnkampf nachdrücklich fortzuführen haben. Das ist selbstverständlich und wird von keinem Gewerkschafter bestritten. Auch wird nicht bezweifelt, daß durch höhere Löhne die Fabrikanten zur Verbesserung ihrer technischen Ausrüstung und Verbilligung der Erzeugung veranlaßt werden können. Die Frage aber ist, ob der Lohnkampf allein zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sonstigen Lage der Arbeiterschaft wie zur Verbesserung und Verbilligung der Erzeugung genügt. Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Wir für unsern Teil bestreiten das entschieden. Soll das Ergebnis des Lohnkampfes, die Lohnherhöhung, nicht fragwürdig bleiben, so muß ein wesentlicher Einfluß auf die Preisbildung vorhanden sein. Soll die Lage der arbeitenden Masse beträchtlich gebessert werden, so ist eine erhebliche Vermehrung der Gütermenge unerlässlich. Soll diese Vermehrung nicht auf Kosten der Arbeitszeit geschehen, muß die entsephliche Bergendung in der Warenherzeugung beieitigt und die Ergiebigkeit der Arbeit stark gesteigert werden. Diese Notwendigkeiten — Einfluß auf die Preisbildung, Vermehrung der Gütermenge, Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit — sind aber mit dem Lohnkampf nicht oder doch nur mittelbar zu erfüllen. So ist denn weiter die Frage, ob die Gewerkschaften nicht noch andere, wirksamere, unmittelbare Mittel haben oder sich beschaffen können, die diese Notwendigkeiten zu erfüllen und den Kampf zum obersten gewerkschaftlichen Ziel zu beschleunigen vermögen. Das hätte in Breslau ausgiebig behandelt werden müssen. Das ist das Problem, das zu lösen ist. Die Behandlung der Wirtschaft und ihrer Uebel hat für die answärts wollende, aufwärts missende

Gewerkschaftsbewegung veräußelt wenig praktischen Wert, wenn dabei nicht dieses Problem im Vordergrund steht und in bejahendem Sinne zu lösen versucht wird.

Zu dem Problem aber, dessen Wichtigkeit für die Gewerkschaftsarbeit schwerlich zu überschätzen ist, äußerte sich Professor Dr. Hermsberg — leider — nur mehr beiläufig und, wenn wir richtig gehört haben, in verneinendem Sinne. Das war, wie Genosse R o h e r t S c h m i d t gleich feststellte, ein „Mano“ in dem Hermsberg'schen Vortrag. Und zu diesem Mano lassen sich noch etliche fügen. Die folgende Aussprache hätte vervollständigend wirken können, doch geschah dies nicht in gegemem Maße. Die meisten Redner nahmen nur auf den ersten Teil des Vortrages, und zwar durch Zustimmung Bezug, was in Betracht der kurzen Redezeit und des Unvorbereitenseins nicht unverständlich sein mag. Nur Genosse Robert Schmidt befaßte sich mit der Behauptung Hermsberg's, die Arbeiter dürften nicht an der Wirtschaftsführung teilnehmen, weil eine solche nicht vorhanden sei, ausführlicher. Genosse Schmidt wendete dagegen ein, die jetzige Wirtschaftsführung sei wohl unvollkommen, uns nicht genehm, aber vorhanden sei sie jedenfalls, was ja schon durch die immer einseitiger werdenden Angriffe der wirtschaftlich herrschenden Schicht auf die Arbeiterschaft und durch die jüngsten Zoll- und Steuerkämpfe dargetan werde, und angesichts dessen sei es notwendig, daß sich die Gewerkschaften geziemenden Einfluß auf die Wirtschaftsführung zu verschaffen trachten müßten.

Genosse Schmidt blieb, wie gesagt, der einzige Redner, der die Hermsberg'sche Darlegung kritisch mulierte und sie zu ergängen versuchte. Sein Versuch wurde von keinem andern Redner weitergetrieben. Dies wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn die Vertreter genägend Zeit vor Breslau den Hermsberg'schen Vortrag in großem Umfange und seine Schlussfolgerungen mit den Entscheidungen des Bundesvorstandes gefannt hätten. Soll die Behandlung einer Frage, besonders einer von solcher Wichtigkeit, fruchtbringend sein, so muß sie mit den Ent-

schließungen vorher in der Presse zur Erörterung gestellt werden. Dies ist diesmal nicht möglich gemacht worden, was beklagt werden muß um der Klärung des überaus wichtigen Problems willen, das in Breslau gestellt ward.

In den zu Breslau angenommenen Entschlüsseungen wird, was sehr zu begrüßen ist, zu den bisherigen Kampfmitteln die Gewerkschaft, der Konsumverein und die Eigenproduktion gefügt. Das ist ein erfreulicher Fortschritt besonders dann, wenn die Mitgliedschaften mit ihrer Leitung und ihrer Presse mit liebevollerem Verständnis und stärkerem Eifer dafür sorgen, daß diesen Beschlüssen die Durchführung nicht verjagt bleibt. Außerdem bedarf das Wirtschaftsproblemm, man braucht das Wohl nicht zu betonen, hinsichtlich der Anteilnahme der Gewerkschaften an seiner Lösung noch der gründlicheren Erörterung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es dabei zu geht, wie mit dem biblischen Weinberg, daß die gründliche Durchschürfung des Bodens neue Frucht bringt für die Käftkammer der Gewerkschaften.

Der nach der Wirtschaftsfrage wichtigste Gegenstand des Kongresses war die Organisationsform. Die alte Streitfrage, ob Industrieorganisation oder Berufsverband, ist in Breslau nicht gelöst, sondern die Lösung nur hinausgeschoben worden. Da über die zu Breslau getroffene Entscheidung an anderer Stelle dieser Nummer ausführlich gesprochen wird, möge es genügen, zu sagen, daß sehr wahrscheinlich einer der nächsten Kongresse sich abermals mit der Sache zu befassen haben wird. Daß die dann zu treffende Lösung durch den jetzt angenommenen Vermittlungsvorschlag des Bundesvorstandes vorbereitet oder erleichtert wird, wollen wir gerne hoffen. Der Hoffnung dürfte die Erfüllung nicht verjagt bleiben, wenn man allseitig dem Vorschlag ehrlich nachlebt.

Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes

In Art. 28 des Reichsarbeitsblattes wird der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes veröffentlicht, wie er nunmehr den gezeichneten Körperschaften zugänglich ist. Es darf angenommen werden, daß bei Wiederzusammentritt des Reichstages im November die Vorlage zur Beratung gestellt wird. Es gilt daher, die Bedenken, die gegen den Entwurf oder eine Anzahl seiner Paragraphen bestehen, rechtzeitig vorzubringen. Er enthält Bestimmungen, die gegenüber den bestehenden Vorschriften des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes eine erhebliche Verschlechterung darstellen.

Unbedingte Ablehnung ist die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte, wie dies im Entwurf vorgesehen ist. Die Gründe hierfür anzuführen, halte ich nicht für notwendig; sie können im Protokoll des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands auf Seite 434 ff. und in den Lesungen (Seite 448) und der dazu angenommenen Entschließung des Kongresses (Seite 450 des Protokolls) nachgesehen werden. Abgesondert werden muß auch die Art der Bestellung der Richter. Diese sollen nach dem Entwurf von der höheren Verwaltungsbeförderung des Landes (in Preußen vom Regierungspräsidenten) im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts ernannt werden. Sie sollen zwar aus den Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen, also der Gewerkschaften, sowie die Arbeiter in Frage kommen, in angemessenem Verhältnis entnommen werden. Diese Bestimmung bietet aber bei weitem keine Sicherheit für eine gerechte Verteilung der Richter. Wie bei der unteren Stelle, so auch die Berufung der Richter für die Landesarbeitsgerichte und für das Reichsarbeitsgericht erfolgen. Es muß gefordert werden, daß die Richter bei den Arbeitsgerichten, also bei der unteren Stelle, wie bisher durch Wahl der Unternehmer und Arbeiter ernannt werden. Nur so kommt der Wille der beteiligten Kreise zum Ausdruck. Hierauf aufzubauen, werden die Richter des Landesarbeitsgerichts durch die Richter der Arbeitsgerichte im Bezirk des Landesarbeitsgerichts, und zwar die Unternehmer durch die Unternehmerrichter, die Arbeiter durch die Arbeiterrichter gewählt. Die Richter des Reichsarbeitsgerichts werden wiederum durch die Richter der Landesarbeitsgerichte gewählt. Selbstverständlich ist, daß an der Wahl der Richter für die Arbeitsgerichte sich alle Unternehmer und Arbeiter beteiligen können, da die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte doch für alle Arbeitsverhältnisse gegeben sein soll, also auch die Berufsgruppen, für die das Gewerbe- und Kaufmannsgericht bisher nicht zuständig war. Abgelehnt werden muß weiter die Bestimmung, daß nur ordentliche Richter als Vorsitzende bestellt werden sollen. Es gibt heute eine Anzahl Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, wo auch andere geschäftsfähige Personen mit Erfolg als Vorsitzende tätig sind.

Umschuld die Prozessvertretung in Betracht kommt, ist der Entwurf sehr mangelhaft. Es heißt zwar, daß Rechtsgewalt oder Personen, die das Verfahren vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, vor den Arbeitsgerichten als Prozessvollmachtigte ausgeschlossen sind. Es heißt dann aber weiter, daß bevollmächtigte Angehörige der wirtschaftlichen Vereinigungen ausstehen können. Ein Rechtsanwält, der im Nebenamt die Geschäfte einer wirtschaftlichen Vereinigung führt, würde somit als bevollmächtigt Angehöriger einer Unternehmerorganisation ausstehen können. Sehr bald würden alle Unternehmerorganisationen, auch solche, die sonst gar nicht daran dächten, einen Angehörigen zu beschäftigen, einen Rechtsanwält mit der Geschäftsführung der Organisation im Nebenamt beschäftigen, um einem Prozessvertreter zu haben. Hier muß gemäßigt die einschneidende Bestimmung des § 31 des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes übernommen werden, wonach Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen als Prozessvollmachtigte nur dann zugelassen sind, wenn sie für Mitglieder ihrer Vereinigung und nicht außerdem auch für andere Personen vor-

recht gegen Entgelt tätig sind. Weiter muß gefordert werden, daß bei der Berufung der Senate beim Reichsarbeitsgericht außer dem Vorsitzenden und zwei richterlichen Beisitzern mindestens vier Laienbeisitzer, und zwar zwei Unternehmer und zwei Arbeiter mitwirken müssen. Bei der Arbeitsgerichtsbarkeit müssen die Vertreter der Wirtschaft bis in die höchsten Stellen ausgeschlaggebend vertreten sein.

Nun noch einiges zu dem Verfahren: Vorgesehen ist, daß gegen die Entscheidung der ersten Instanz die Berufung zulässig ist, wenn der Streitwert 300 A übersteigt oder wenn wegen der grundsätzlichen Bedeutung einer Entscheidung das Arbeitsgericht die Berufung zugelassen hat. Nach § 66 des Entwurfs können vor der Berufung neue Tatsachen und neue Beweismittel nur noch vorgebracht werden, wenn diese nach der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht entstanden sind oder das Landesarbeitsgericht, zu der Überzeugung kommt, daß das Vorbringen in der ersten Instanz ohne Verschulden der Partei unterblieben ist. In diesem Falle sind die neuen Tatsachen und Beweismittel in der Berufungsbegründung, spätestens aber in der ersten mündlichen Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht vorzutragen, andernfalls werden sie nicht zugelassen.

Wenn man schon das Bestreben hat, die Arbeitsstreitigkeiten möglichst schnell zu Ende zu führen, so muß gesagt werden, daß diese Bestimmungen entzogen zu werden sind. Diese Vorschriften verschärfen noch die diesbezüglichen Bestimmungen der §§ 278 und 279 a PPO. In der ersten Instanz sind meistens die Parteien ohne Vertreter. Als Laien sind sie sich der Bedeutung und Tragweite dessen gar nicht bewußt, was vielleicht auf die Entscheidung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vor der Berufungsinstanz, wo ein berufener Vertreter für die Parteien vertritt, ist diesem die Tragweite des unterlassenen Vorbringens wohl bekannt, es nützt ihm aber nichts, weil es in der ersten Instanz hätte vorgebracht werden müssen. Es kann dadurch kommen, daß die Partei, die im Recht ist, unter Umständen verurteilt wird wegen einem aus Unkenntnis begangenen Formfehler.

Es muß verlangt werden, daß bis zur letzten mündlichen Verhandlung auch vor der Berufungsinstanz neue Tatsachen und Beweismittel vorgetragen werden können und daß diese bei der Entscheidung beachtet werden.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß der vorliegende Entwurf die schwersten Bedenken erweckt. Wenn es nicht möglich sein wird, die Verschlechterungen, die der Entwurf gegenüber dem jetzt bestehenden Recht enthält, zu beseitigen, wird es gut sein, wenn die Verschlechterung des Gesetzes überhaupt nicht hinausgeschoben wird. Das Hauptgewicht im arbeitsgerichtlichen Verfahren liegt in der ersten Instanz, 80 bis 90 % der Streitigkeiten finden dort ihre Erledigung. Wenn diese erste Instanz aber so verschlechtert werden soll, wie im Entwurf vorgesehen ist, dann ist es schon besser, die jetzt geltende Sondergerichtsbarkeit zu behalten oder diese Gerichtsbarkeit zu einem künftigen Reg von Arbeitsgerichten mit der Zuständigkeit für alle Arbeitsstreitigkeiten auszubauen.

Betriebsrat und Lohnregelung

Zur Auslegung des § 78, 2 des Betriebsrätegesetzes hat die Amtshauptmannschaft Leipzig eine allgemeinerichtige Entscheidung getroffen. In dem Paragraphen heißt es, daß der Betriebsrat die Aufsicht hat, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter bei der Regelung der Löhne mitzuwirken, namentlich auch bei der Festsetzung der All- und Stücklohne sowie der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze. Vor der Amtshauptmannschaft Leipzig hatten nun eine Anzahl von Arbeitern wegen Lohnforderungen gegen eine Fabrik in Kollau Klage erhoben. Zur Rechtferigung ihrer Ansprüche hatten sie sich unter anderem darauf berufen, daß die einseitige Herabsetzung des sogenannten Mindestlohns der Firma gegen den § 78, 2 des Betriebsrätegesetzes verstoße, wonach der Arbeiterrat an der Festsetzung mitzuwirken habe. Die Amtshauptmannschaft hat die Kläger mit ihrer Klage abgewiesen und hinsichtlich der „Mitwirkung“ sich folgendermaßen ausgesprochen: „Die Herabsetzung der Zuschläge zum Stundenlohn verstößt nicht gegen den § 78, 2 des Betriebsrätegesetzes. Es kann aus der Bestimmung nur herausgelesen werden, daß der Arbeiterrat an solchen Festsetzungen und Veränderungen mitzuwirken hat, damit er sein sachverständiges Urteil und die Wünsche der Arbeiterklasse anbringen in der Lage ist. Es kann aber daraus nicht gefolgert werden, daß der Arbeiterrat als gleichberechtigter Faktor die Löhne mit festzusetzen hat. Die Festsetzung der Lohnsumme ist dem Tarifvertrag überlassen. Dort ist bei Nichtzustandekommen einer Einigung die staatliche Zwangsnormierung vorgesehen. Das ist bei dem § 78, 2 nicht der Fall. Schon daraus geht hervor, daß dieser Paragraph dem Arbeiterrat nicht so weitgehende Befugnisse einräumt, wie sie die Kläger annehmen. Dies geht auch aus der wörtlichen Fassung hervor. Sollte die Bestimmung die Bedeutung haben, die ihr die Kläger beilegen, so müßte sie etwa so gefaßt sein, wie die Regelung über das Zustandekommen der Arbeitsordnung. In dieser Beziehung schreibt § 104, 4 des Betriebsrätegesetzes vor: „Die Arbeitsordnung wird mit dem Arbeitgeber zusammen mit dem Betriebsrat erlassen.“ Auch dort ist bei Nichtzustandekommen einer Einigung eine endgültig entscheidende Instanz, der Schlichtungsausschuß, vorgesehen.“

Vermerkte deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. Dem Bericht der Zeitschrift „The Iron Age“ betrug die Zahl der Einwanderer in die Vereinigten Staaten im Monat Mai 26.042. Davon sind 15.349 aus Europa. Unter der Einwanderern aus Europa stehen die Deutschen an der Spitze mit 4516 Einwanderern. Neben ihnen waren noch die Einwanderer aus Irland zahlreich, 3065 an Zahl. Von den Einwanderern waren 4878 Fischer.

Beschlüsse des zwölften Gewerkschaftskongresses

Zur Lohnfrage:

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teils der deutschen Arbeiter erreichen bei weitem nicht den Normalwert der Vorkriegszeit. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit den Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichsregierung jetzt beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naßer Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch geführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unabweisbare Konsequenz zu rewarfieren. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik tragen sie unter Stumpfsinniger Beeinflussung der Regierung und der Wirtschaft die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessenvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzuführen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Veräumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterklasse zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterklasse, die in den vergangenen Jahren ungezahlte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Forderung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nützlich für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermutigt die Arbeiterklasse, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterklasse an allen Kulturwerten des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.

Zur Arbeitszeit:

Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achstundentag durch die Arbeitgeberverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, trotz ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aushebung der Demobilmachungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Befreiung der deutschen Wirtschaft sei.

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenstand nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu der alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterklasse nach dem Achstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Forderung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterklasse bei den Achstundentagen zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wieder zu erobern, in denen er zurzeit noch überschritten wird. Da auf die Einhaltung der Arbeitszeit deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Fortreibungen und ihrer Segnerchaft gegen eine freie Entlohnung der Arbeiterklasse empfangt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achstundentages für die Arbeiter wiederherstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungebrochen mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterklasse kann den endlichen und beständigen Sieg des Achstundentages verbürgen.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge

zur Gewerkschaftlich-Gesellschaftlichen Versicherungs-Vereinigung, Hamburg 5.

zufahren sein können. Man glaubt, mit Beschäftigung alles überwinden zu können, und gerade hierbei werden Fehler gemacht, die verhängnisvoll wirken. Jeder Unfall, der nicht durch Versehen einer Maschine oder durch höhere Gewalt herbeigeführt wird, ist auf Unachtsamkeit und Nachlässigkeit zurückzuführen.

Sehen wir uns einmal einige Unfallverhütungsvorschriften an: „Es ist verboten, eine Transmissionswelle während des Ganges zu schmieren.“ Wer hat nicht schon Gelegenheiten gehabt, das Gegerweil zu beobachten. „Zur Auslegung der Riemen dürfen nur die hierfür vorgeschriebenen Riemenausleger verwendet werden.“ Wird das in allen Fällen durchgeführt? Da heißt es: „Das ist ja nur ein schmales Riemen, dabei kann nichts passieren.“ Das geht wohl neumanndeutlichmal gut und das hundertste Mal geschieht ein Unfall. Und so könnte man noch tausend Beispiele anführen, wo die Nachlässigkeit einer Vorschrift, also Reichtum den Unfall bewirkt.

Es wurde oben von den Vorrichtungen gesprochen, die die Bedienung einer Maschine hindern. Man möchte keine menschlichen Schwächen besitzen, wenn man eine solche Vorrichtung nicht kargerhand abbaut: Es wird schon gegen Kasserl kein Unfall, ist ja alles ganz gut. Kommt aber eine Revision, so kann die Sache dem Vertriebsleiter teuer zu stehen kommen, wenn er nicht geschieht genug war, das Kommen der Revision vorzuziehen und die Vorrichtungen rechtzeitig wieder abzubauen zu lassen. Und in den meisten Fällen ist es so auch so, der Brannen wird erst zugeht, wenn das Hind hineingefallen ist. Entsagen sich kein Unfall ereignet, wird allgemein Ruhe kein, geschieht aber ein Unfall, dann kommen hochnotpeinliche Untersuchungen: Welche Schutzvorrichtungen waren vorhanden, welche Vorschriften wurden zum Schutz von der Betriebsleitung erlassen, waren die Schutzvorrichtungen im gebrauchsfähigen Zustand? Die letzte Frage ist die verhänglichste, denn die Betriebsleitung behauptet natürlich, daß dies der Fall sei, der Unfall hat aber das Gegenteil bewiesen. Es sehen Zeugen gegen Zeugen, und wenn nicht ganz stimmige Befragungen erkundet werden können, endet die Sache mit einem Vergleich, der aber den Unfall nicht ungefallen machen kann.

In den Maßregeln, die zur Verhütung von Unfällen ergriffen werden, gehören in erster Linie: Strenge Kontrolle in gewissen Zeit-

Unfallverhütung

Von Oberingenieur B. Hofmann, Frankfurt-Pragen.

Trotz aller Vorsichtsmassregeln und aller gewerkepolizeilichen Vorschriften hören die Unfälle in den verschiedenen Betrieben nicht auf, und dies führt dazu, einmal näher zu untersuchen, auf welche Ursachen dieses Vergehen der Vorsichtsmassregeln und Vorsichtigen zurückzuführen ist.

Wenn man heute eine moderne Fertigungsmaschine gegen eine solche älterer Art anschaut, so fällt einem sofort in die Augen, daß die neue Maschine in ihren Forman gezeichnet ist, daß sie an keiner Stelle Schweißnähte hat, Unfälle herbeiführendes dadurch, daß irgendeine Schmied oder wappringende Teile unzählige Schweißnähte oder Schwelldübel enthalten und zerbrechen können. Nur die ältesten Maschinen, wie Handräder, Debel usw., die zur Bedienung der Maschine dienen, die aber so ausgeführt sind, daß sie keine Angriffspunkte geben, stehen vor, es sind alles Teile, die während des Ganges der Maschine einige Fehrer bleiben und die einige ihrer Form an Stellen der Schweißnähte und Risse an unzählige machen. Alle sich bewegenden Teile sind überprüfbar, und zwar mit Schutzvorrichtungen, die nur mit besonderen Vorrichtungen abgenommen werden können, so daß es nicht möglich ist, während des Betriebes einer Maschine zu diesen Stellen zu gelangen. Und doch hört man hier und da von Unfällen, die an solchen neuen Maschinen zu ereignen.

Es spielt bei diesen Vorrichtungen die wichtigste Rolle eine Hebelkraft, und mitunter hat es gerade die Schutzvorrichtungen, die diese Hebelkraft zurückzuführen lassen. Das Besondere, das die Maschinen in ihren beweglichen Teilen gefügt ist, läßt eine Nachlässigkeit bei dem die Maschine bedienenden annehmen. Seltener liegt nicht mehr Fall auf, wenn eine die Vorrichtungen der Bedienung der Maschine in irgendeiner Weise hindern. Als Beispiel sei hier eine Drehmaschine genannt. Die Drehwalzen sind durch eine Klappe geschützt, die allerdings die Sicht auf dem Bearbeitungsobjekt hindert, das wesentliche ist, daß die Klappe geschlossen wird, und bei diesem Schließen der Klappe besteht sehr leicht die Möglichkeit, daß die Finger des Drehschalters zu nahe kommen und zerschlagen werden. So

jah ja auch die Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen die häufigsten.

Die Forderungen nach Unfallverhütung gehen heute so weit, daß bereits vom Hersteller einer Maschine gefordert wird, daß die Maschine von der Fabrik aus unfallfrei geliefert wird. Seine Sache ist es, eine Maschine herzustellen, die, trotz aller ertöntlichen Unfallverhütungen, doch nicht in der Bedienung gefahrlos ist, dabei aber gleich leichtfertig bleibt und doch nicht teuer wird als eine andere. Man kann aus diesen Forderungen ersehen, daß hierfür mitunter bedeutende Konstruktionserfordernisse vorhanden sind. Der Hersteller hat sein möglichstes getan, eine solche Maschine zu erzeugen, auch wenn die Möglichkeit, alle Unfälle auszuschalten, die zu Unfällen führen und doch, wiederum besteht die Maschine ein Opfer. Wie kommt das nun?

Es ist natürlich notwendig, daß sich die meisten Unfälle Sonntag (und Donnerstags) ereignen; an anderen Wochentagen kommen wohl auch Unfälle vor, die aber denen besonders am Sonntag bei weitem nicht zahlreichem gemachten sind.

Ich möchte mich hier durchaus nicht als Enthaltensmittelkapostel einlassen, der sagt, daß die Unfälle am Sonntag auf den Alkoholgenuss am Sonntag zurückzuführen sind, obwohl dieser eine sehr gewichtige Rolle spielt. Es sind noch eine Reihe anderer Ursachen, die gerade den Sonntag für Unfälle geeignet machen. Schon die Abwesenheit des Gehirns durch Erinnerung an den Sonntag lassen die Unachtsamkeit gütig treten, die so verhängnisvoll und in fast allen Fällen der Urheber von Unfällen ist. Ganz zu vergessen ist es allerdings, wenn einer am Sonntag nicht nüchtern zur Arbeit kommt. Er geht sich nicht allein selbst der Gefahr von Unfällen aus, sondern gefährdet das Leben seiner Mitarbeiter, besonders wenn es sich hierbei um Leute handelt, welche einen verhältnismäßig hohen Lohn erhalten, wie Schneefestigung, Schweißarbeiten, Eisenarbeiten usw. innerleben. Das ganze Jahr über gebiete Nachlässigkeit kann das nicht wieder gut machen, was eine einmalige Betrunkenheit bei der Arbeit schließt macht. Zu manchen Zeiten ist es zu trüben von alters her Güte, daß getrunken wird, so z. B. in der Sommerzeit, in der Feiertagsmache. Aber hier wirkt irgend ein erquickendes Getränk viel besser als Alkohol.

Aber auch bei den Entlastungen ereignen sich am Sonntag Unfälle, die sogar auf die am Sonntag gar nicht gesammelte Kraft zurück-

Gewerkschaftskongress und Organisationsform

Worauf es ankommt!

Der Gewerkschaftskongress in Breslau hat gegen die Stimmen der Metallarbeiter und einer Anzahl aus anderen Berufen die Anträge des Bundesvorstandes zur Organisationsfrage angenommen. Die bisher mit klammernden Verbände der Bau-, Berg-, Gemeinde-, Glas-, Lebensmittel-, Textil-, Buchbinder, Dachdecker, Eisenbahner, Filiangenieure, Gummi-, Lithographen und Schuhmacher einschließen sich mit Ausnahme der Holzgewerkschaft schon in der Bundesversammlung vom 12. und 13. August d. J. für die vorläufigen Anträge des Bundesvorstandes. Einem Teil von denen, die schon früher dem „Zwang“ in dieser Frage ablehnend gegenüberstanden, kamen die Anträge des Bundesvorstandes weitgehend entgegen. Und die anderen Anhänger der Industrieverbände, die mit uns etwas weitergehen wollten, wie der Bergarbeiterbund, der Bergarbeiter- und der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, schlossen sich dem vom Bundesvorstand gezogenen Linien wohl nur in der Erkenntnis an, daß augenblicklich nicht mehr zu erreichen sei und man das Erreichbare annehmen müsse, um darauf weiterzubauen.

Was ist nun beizubehalten? Statt der bisherigen Feststellung, daß sich die gewerkschaftliche Einmündung in der Richtung des Zusammenfassunges zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß, ist dem Bundesvorstand die „Förderung“ der Industrieverbände nach Möglichkeit zur Pflicht gemacht worden. Was ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Fassung. Der Leipziger Kongressbeschluss bleibt bestehen; der Organisationsplan für den Aufbau der Industrieverbände ist dem Bundesvorstand als Material überwiesen worden. Die Änderungen der Bundesfassungen grenzen zwar das Organisationsfeld der Verbände nach „Industriegebieten“ ab, bringen aber praktisch keine Verbesserung des Organisationsrechts im Sinne der Industrieverbände. Das alte Recht steht neben der neuen Verfügung.

Bedeutet so die Beschlüsse des Breslauer Kongresses keinen entscheidenden Schritt nach vornwärts, so verbauen sie doch auch nicht den Weg zur späteren Lösung. Durch die Stellung eines gemeinsamen Antrages der vierzehn Verbände ist sich der Bundesvorstand gezwungen, aus seiner ablehnenden Stellung herauszutreten und die Forderung zu übernehmen, und zwar als rein tatsächliche Ermäugnisse. Der Bundesvorstand hat die erneute Festlegung des Kongresses auf die Industrieverbände voraus; auch hielt er den Bund auf Grund abgegebener Erklärungen einiger Gegner der Industrieverbände für gefährdet. Dem suchte er durch eine Kongression an die Anhänger der Industrieverbände, die wenigstens einen Teil von ihnen zu befriedigen vermochte, zu begegnen.

Die Anhänger der Industrieverbände hatten vor dem Kongress betont, daß sie keinen „Zwang“ beabsichtigten. Ihnen kam es auf eine Befestigung und auf ein einschneidendes Pinareiten auf die sies Ziel an. Dabei wußten sie so gut wie die anderen, daß man zu den Industrieverbänden die Mitglieder braucht, die man nicht wie Schwachfiguren hin- und herziehen kann. Muß doch erst ein großer Teil der Mitglieder fast aller Organisationen für die Idee der Industrieverbände gewonnen werden. Darauf kommt es an. Die Industrieverbände kommen nur, wenn wir selber stärker für sie werden und wirken.

Bei der Wertung der gefassten Beschlüsse dürfen wir nicht übersehen, daß der Bundesvorstand für die Werbung zugunsten der Industrieverbände bisher sehr wenig getan hat, vielmehr ungekehrt einzelne seiner Mitglieder die Berufsverbände begünstigen. Die nunmehr vom Bundesvorstand freiwillig übernommene und vom Kongress unterstrichene Verpflichtung der Förderung der Industrieverbände räumt mit diesen Selbstempörungen auf und nötigt wohl auch die Gegner der Industrieverbände zu einer sachlicheren Haltung, was dem Ganzen dienlich ist. Deshalb bedeutet der Beschluß des Breslauer Kongresses trotz der ihm anhaftenden Mängel einen Fortschritt, den es anzunehmen gilt.

Für die gemeinsame Sache der Gewerkschaften wäre es besser gewesen, wenn der Bundesvorstand schon früher die Führung übernommen hätte, wie es sich von Rechts wegen gehörte. Nachdem vor drei Jahren die Einseitigkeit zugunsten der Industrieverbände gefassten war, mußte man auf den Boden dieses Beschlusses treten. Das Gebot schon der demokratischen Grundgesetze unserer Organisationen. Dann hätte man den guten Willen gesehen. Zeigten sich bei der Vermittlung des gestrichelten Zieles große und zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten, so würde das auch von den Anhängern der Industrieverbände beachtet worden sein. Jetzt hat sich auch der Bundesvorstand auf den Boden des Leipziger Beschlusses, wenn auch in abgeschwächter Form, gestellt. Da auch die Anhänger der Industrieverbände keinen „Zwang“ anwenden wollen, so ist die Lösung der Organisationsfrage auf dem Wege der Verständigung unter Förderung der Mitwirkung des Bundesvorstandes zu suchen. Nur wenn sich im Fortgang der Bewegung für einen stärkeren Zusammenhalt der gewerkschaftlichen Organisationen ein verhältnismäßig kleiner Teil der Gewerkschaftsmitglieder jeder besseren Einigkeit hartnäckig verschließen sollte, könnte man später unbedenklich auch einen Mehrheitsbeschluss fassen. Wir aber haben darauf zu achten, daß die Beschlüsse von Breslau nicht bloß eine Geste bleiben. Die Verbände unserer großen führenden Industrien haben ein Recht auf die Mitwirkung des Bundes zur Vereinerung bestehender Zersplitterungen und auf eine sachliche Würdigung ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Daran hat es manches Mal gefehlt. Umgekehrt hat auch der Bund Anspruch auf eine gerechte Würdigung seiner Tätigkeit. Man kann von ihm nichts verlangen, was über seine Kraft geht.

Die Anhänger der Industrieverbände unterschätzen keineswegs das ideale Band der Berufszugehörigkeit, dem das Prinzip der allgemeinen Arbeitersolidarität übergeordnet

sein muß. Sie haben den beruflichen Bedürfnissen ihrer Mitglieder durch Schaffung entsprechender Einrichtungen Rechnung getragen. In der Vertretung der Sache ihrer Mitglieder sind sie mindestens so erfolgreich wie die reinen Berufsorganisationen. Das beweist das Aufgehen der früheren Berufsverbände der Former, Schmelze, Goldarbeiter, Graveure usw. im DWA. Soweit eine Vergleichung der Leistungsfähigkeit der Berufsverbände mit der der Industrieverbände erfolgte, ist dieselbe nicht sachlich. Vergleichbares miteinander verglichen worden. Man zog meist Berufe heran, die nur für den inneren Markt arbeiten und einen besseren Geschäftsgang hatten, als die auf den Außenhandel angewiesenen Industrien, deren Arbeiter deshalb nicht immer die gleiche Lohnsteigerung durchzusetzen vermochten wie jene. Umgekehrt standen unter anderen Verhältnissen auch die Arbeiter reiner Berufsverbände, wie die Buchbinder, längere Zeit weit hinter den Löhnen und den Verdiensten der Metallarbeiter zurück. Nicht man die Tarifläufe, Arbeitszeit- und Ferienregelung der handwerksmäßigen Berufe der Metallindustrie zum Vergleich heran, die auch nur für den inneren Markt arbeiten und durch den Mangel an Facharbeitern begünstigt werden, so steht der DWA mit seinen Leistungen nicht nur neben, sondern über den anderen. Auch das ist stärker als bisher zu betonen.

In der Großmetallindustrie können die Tarifläufe nicht mit den tatsächlichen Verdiensten gleichgesetzt werden. Keine Organisation hätte hier mehr leisten können, weil andere, ungünstigere wirtschaftliche Voraussetzungen beispielsweise in der Frage der Aufrechterhaltung und Zurückforderung des Achtstundentages vorliegen, die das Handeln und den Erfolg bestimmen. Das hat man übersehen auf dem Verbandstag der Holzarbeiter, wo Kritik an der Taktik unseres Verbandes bei Lohnbewegungen geübt worden ist.

Für unseren Verband kommt es zur Verbesserung einer stärkeren, inneren Geschäftseffizienz darauf an, ihm alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie zuzuführen, die unorganisiert sind oder unzureichendermaßen anderen Verbänden angehören. Jedes Mitglied muß für den Verband agitatorisch tätig sein. Das gebietet ihm seine Pflicht und das Verbandsstatut. Darüber hinaus haben wir auch die in der Metallindustrie beschäftigten jenseits der Berufsverbände Arbeiter nach unserem Statut und als längst anerkannter Industrieverband zu beanspruchen und diesen Anspruch zu vertreten. Uns kommt es jetzt, nachdem der Kongress gesprochen und den Organen des Bundes die möglichste „Förderung“ der Industrieverbände zur Pflicht gemacht hat, in erster Linie darauf an, Ordnung in der Metallindustrie zu schaffen. Und da erwarten wir eine andere Entwicklung des Bundesvorstandes als seitler: Selbstverständlich haben wir auch die in anderen Industrien beschäftigten Metallarbeiter unserem Verband zuzuführen und ihm zu erhalten, bis ein alles gerecht abwägender Ausgleich im Sinne der Industrieverbände allgemein erfolgt oder unser Anspruch auf Ordnung für die Metallindustrie erfüllt ist.

Die Stärkung unserer eigenen Organisation ist der beste Wegbereiter für die Industrieverbände, die trotz augenblicklicher Hemmungen kommen werden. Daran ändert auch nichts der von einigen Gewerkschaftsgenossen meckende Vermeidung einer „zwangetzweien“ Zusammenschließung empfohlene Ausbau des Bundes. Man kann das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen. Den Verbänden wird man immer ein bestimmtes, nicht zu eng begrenztes Tätigkeitsfeld mit dem daraus fließenden Anspruch eines gewissen Wettbewerb überlassen müssen, weil sonst das Ganze notleidet. Das schließt nicht aus, daß in organisatorischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht eine größere Vereinfachung und Vereinigung Platz greift. Die Gewerkschaften müssen wie die Wirtschaft danach streben, mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Geld den höchsten Wirkungsgrad zu erreichen.

Auch die Leistungen unserer Mitglieder (Beiträge) an den Verband müssen zeitgemäß erhöht werden, weil auf ihnen die größere Gegenleistung des Verbandes beruht. Je leistungsfähiger der Verband ist, um so stärker streben ihm die Arbeiter ohne besondere Agitation zu. Und wenn wir so durch eine gesteigerte Leistungsfähigkeit, durch das bessere Beispiel wirken, dann werden die vielfach heute noch dem Gedanken des Industrieverbandes innerlich abgeneigten oder gleichgültigen Arbeiter leichter dafür zu gewinnen sein. Ein Aufführungs- und Säuerungsprozess ist notwendig, dessen Ergebnis die freiwillige und möglichst allseitige Anerkennung der Industrieverbände als der höheren Form der gewerkschaftlichen Organisation sein wird.

Wie alles in der Welt, so unterliegen auch die Gewerkschaften dem Gesetz der Entwicklung. Von der niederen zu der höheren Form sind sie in kaum fünf Jahrzehnten emporgestiegen. Man denke nur an die Ausnahmeverhältnisse in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wegen der Union oder Berufsverbände, wegen lokaler oder zentraler Organisation, wegen der Tarifverträge oder freien Lohnpolitik. Es hat erhebliche Zeit und die Überwindung harter Widerstände bedurft, bis die Gewerkschaften das wurden, was sie heute sind. Die Entwicklung ist ununterbrochen vorwärts gegangen. So wird es auch zukünftig sein.

Der Gedanke des Zusammenfassunges der Arbeiter in große und starke Industrieverbände hat mit der dadurch vereinfachten Verwaltung und gesteigerter Leistung mit sich geführt gewonnen. Die den Industrieverband nicht abgeneigten gibt es zu gewinnen und seine Anhänger zu erhöhter Mitarbeit anguspornen. An uns selbst liegt es, diese Entwicklung durch die Festigung und den Ausbau der eigenen Organisation zu beschleunigen. Nur im zielklaren unaufhörlichen Wirken und Wirken werden große Werke von Dauer geschaffen. G. Reichel.

abshneiden ohne vorherige Anmeldeung, Prüfung der Schutzvorrichtungen auf ihre Brauchbarkeit, besonders Kennzeichen derselben durch beworstehenden Anstrich und Befestigung an den Maschinen, so daß ein Entfernen unmöglich ist, wenn nicht die hierfür bestimmten Personen anwesend sind, unter Umständen Plombierung der Befestigungsstelle. Außerdem gehören hierher: Hinweise auf die Gefährlichkeit bei Übernahme von Schutzvorrichtungen und auf die Gefahren, die bei Nachlässigkeit geschehen können. Dieser letzte Weg wird in neuer Zeit immer mehr ausgebaut. Man hat zuerst versucht, durch schriftliche Hinweise, durch Anstrichen der Bestimmungen auf die Gefahren aufmerksam zu machen; aber bei der heutigen Hast hat kaum einer die Mühe, die langen Vorschriften aufmerksam durchzulesen und so zu behalten, daß er sie im geeigneten Augenblick vor Augen hat. Man ist deshalb dazu übergegangen, die Gefahren durch eindrucksvolle Bilder zu zeigen, z. B. eine trauernde Familie, die verzweifelt auf den helmstehenden Vater wartet, der im Hintergrund auf einer Bahre gebracht wird, dann der Augenblick, wo ein Arbeiter die Hand in eine Maschine gezogen wird usw. Die Bilder sind betriebswirkungslos, daß jeder, der sie gesehen hat, einen bleibenden Eindruck von ihnen erhält und daß doch einmal etwas zu Gemüte führt, daß er sich nicht allein, sondern auch seine Familie ins Unglück stürzen kann.

Doch nicht nur auf die Unfälle, die sich an Maschinen ereignen können, verweisen die Bilder, sondern auch auf solche Unfälle, die z. B. durch leichtfertiges Wegwerfen von Obstschalen geschehen. Man sieht einen Mann auf einer Obstschale ausgleiten und eine Treppe hinunterstürzen und dann an der Art des Sturzes sehen, daß er unten mit gedrohenem Genick ankommt. Auch die Gefahren, die beim Verlassen der Fabrik Unfälle herbeiführen, werden gekennzeichnet. So z. B. bei dem Abgang nach Feierabend der Arbeiter von elektrischen Bahnen und Autos, denen auch der Großstädter nicht immer genügend genug auszuweichen versteht. Es ist eine dankbare Aufgabe, in dieser ausführenden Weise die Arbeiterinnen vor Gefahren zu behüten, man muß sich aber hüten, hierbei ins Lächerliche zu verfallen, was bei solchen Bildern dann das Gegenteil bewirkt. So sah ich in einem großen Holzverlade- und Schneidwerk ein Plakat dieser Art, auf welchem ein Mann unten steht und oben von der Klampe gerade ein Baumstamm herunterzufallen droht. Der Baumstamm war

nach in halber Höhe, dem Mann unten aber hing bereits die Seele aus dem Leib in Form einer Wolke. Ich konnte die Beobachtung machen, daß dieses Plakat den Arbeitern als Witzblatt diente, ein Beweis dafür, daß man in der Auswahl solcher Plakate sehr vorsichtig sein muß.

Die Bilder, die, nebenbei gesagt, künstlerischen Wert haben, müssen an auffälligen Stellen ausgehängt werden, damit sie oft und eindringlich die Folgen von Unachtsamkeit vor Augen führen. Sie sollen feinerkeint sein, fesseln, sondern nur durch den Widerspruch wirken. Stelle Farben müssen das Plakat auffällig machen, ohne dabei kitschig zu sein; denn wenn etwas den Schönheitsfuss verletzt, hat es von vornherein keine Wirkung verloren.

Zur weiteren Verhütung von Unfällen sollen Vorrichtungen an leicht zugänglichen Stellen angebracht sein, die ein Stilllegen der betriebl. Maschine oder des Transmissionsstranges, sogar des ganzen Betriebes ermöglichen, seien dies nun elektrische Kuppelungen oder Schalter, die sofort die Stilllegung veranlassen. Es bedeuten einige Minuten Stillstand bei weitem nicht soviel als ein Menschenleben!

Die gesundheitslichen Einrichtungen einer Fabrik dürfen nicht nur dazu vorhanden sein, um etwaigen Besuchern zu zeigen, daß auch dafür gesorgt ist, sondern sie müssen in jedem Augenblick leistungsfähig sein. Eine Unfallstation für die erste Hilfe, ausgerüstet mit den besten Hilfsmitteln, muß zur Verfügung stehen, um im Falle der Not solange zu helfen, bis der Arzt kommt. Geschultes Sanitätspersonal, das besonders für Unfälle in Fabriken ausgebildet sein muß, ist nur für den Zweck verfügbar zu halten, bei einem Unfall sofort bei der Hand zu sein. Jede Sekunde kann ein Menschenleben retten. Kleinere Verwundungen können bei Vernachlässigung schwere Folgen, Blutvergiftung und damit Verlust eines Armes, Beines oder gar den qualvollen Tod herbeiführen und dürfen deshalb nicht so leicht genommen werden, wie es im allgemeinen der Fall ist, besonders da in der Fabrik immer Schmutz in die Wunde kommen kann. Alle Hilfsmittel für vorkommende Unfälle auszuführen, würde zu weit führen. Sie sind auch in jedem Betriebe andere, da z. B. in gewöhnlichen Betrieben die Unfälle ganz anderer Art sind, als in Holzbearbeitungswerkstätten.

Die Fachkenntnisse des ungelehrten Arbeiters

Im Daily Herald, dem Blatt der englischen Arbeiter, lesen wir darüber folgendes:

„Gewisse gebildete Leute rümpfen ihre akademischen Nasen über „ungelehrte Arbeit“. Sie verachten sie als gemein und sehen auf die ungelehrten Arbeiter herab als auf Kobide, geistig minderwertige Menschen, stark im Arm, schwach im Kopf“. Sie spotten offentlich über den Straßenkehrer, den Kohlenhauer, den Erdarbeiter, den Ackerneckel.

Einige wenige legen während der jetzt vergessenen vier Kriegsjahre die Feder beiseite, verliehen ihren Beruf, traten ins Heer ein und lernten kennen, was ungelehrte Arbeit bedeutet. Nach einer Spanne Arbeit im Schützengraben oder beim Derabschleppen vom Munition, beim Sitzen unter dem Gewicht des Rationsbrot besamen sie eine vorher ungeachtete Achtung vor dem ungelehrten Arbeiter und schätzten heimliche Scham über ihren eigenen Mangel an Geschicklichkeit. Der alte Aberglaube jedoch, daß ungelehrte Arbeit keinen Verstand erfordert, besteht immer noch. Aber er ist falsch. Sehen Sie einmal den Straßenkehrer an, wie er den Besen handhabt. Beobachten Sie ihn sorgfältig. Jetzt nehmen Sie seinen Besen und legen Sie ein Stück Straße für ihn, es macht nichts, daß Ihre Lederstiefel schmutzig werden, Sie werden schon wieder sauber. Da, sehen Sie, heil Sie haben hier einen Strohhalm, da einen Papierfetzen liegen lassen. Sie gehen zurück, um sie fortzuführen, und der Schmutz fällt aus Ihrem Gehör auf das Stück Straße, das Sie glauben geleitet zu haben. Nicht wahr, es ist nicht ganz so einfach, wie es aussieht. Macht nichts, Sie haben eben den Kniff der Sache nicht heraus. Der höhere Verstand für den Kniff ist Fachkenntnis. Bleiben Sie einen Augenblick hier stehen, wo die Straße repariert wird. Sehen Sie dort den schneidigen Zirkel, wie er das alte Pflaster aufreißt? Nicht als Muskel braucht er zu seiner Arbeit, lieber! Wenn dem so ist, so werden Sie gern einmal seine Drehschlinge nehmen und grade eine Reihe Steine ausbrechen. Schön! Nun sehen Sie einmal, auf diese Weise werden Sie nichts fertig bekommen. Was? Sie haben sich die Haut von den Händen geschunden? Ja, ja, Sie verstehen es eben nicht, mit einer Drehschlinge umzugehen. Sie kennen den Trick nicht. Ein anderes Wort für Trick ist — Fachkenntnis.

Da ist eine Kohlengrube, der Ort, wo Hunderte von ungelehrten Arbeitern täglich ihren Mangel an Geschick und Witz beweisen! Sie würden gern ein Stück Kohle heraushauen. Warum nicht, da ist nichts dabei. Kommen Sie nur, hier ist ein Arbeitsplatz für Sie. Der Arbeit ist ja ein Ueberflusses. Ja, Sie müssen sich hinlegen auf den Rücken! Sie haben sich den Kopf angestoßen. Macht nichts, Sie sind jetzt ein Arbeiter. So ist's recht! Jetzt brauchen Sie Ihre Hände. Was? Sie kommen schon heraus? Sie haben was ins Auge bekommen? Schön! Aber wo ist die Kohle, die Sie geschauen haben? Sie haben keine losbekommen? Natürlich nicht! Es gehört eben etwas mehr dazu, um Kohle zu gewinnen, als was ins Auge springt. Nein, nein, ich will keinen Scherz auf Ihre Kosten machen. Es gibt einen Weg, die Hade zu brauchen und einen — sie nicht zu brauchen. Manche Leute gehen sogar so weit, zu behaupten, daß so etwas wie „Fachkenntnis“ erforderlich ist.

Der Warschauer Metallarbeiterstreik beendet

Der seit Wochen dauernde, die gesamte Metallindustrie Warschaus umfassende Streik, an dem 26 000 Arbeiter beteiligt waren, ist am 26. August beendet worden. Es wurde eine Zulage von 10 % für alle Löhne erreicht. Demnach betragen die Mindeststundensätze für Handwerker 77, für Hilfsarbeiter 67, für Hofsarbeiter 60, für Frauen 87, für Wehrliche im ersten Jahre 20, im zweiten Jahre 26, im dritten Jahre 33 und für jugendliche Arbeiter 27 Groschen. Außerdem wurde vereinbart, daß bei Afordarbeiten mindestens 25 % über den Lohn verdient werden kann. Arbeitervertreter werden von den Arbeitnehmern als Vermittler zwischen Arbeitern und Fabrikanten anerkannt. Betriebsversammlungen können in der freien Zeit im Betriebe abgehalten werden. Einmal in 14 Tagen erhalten die Arbeiter eine Freibekanntgabe. Der gasbare Urlaub wird gemeinschaftlich mit den Arbeitervertretern für das ganze Jahr im Monat Januar geregelt. Den Beschäftigten wird Gehilte für Industrielehren gewährt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Vereinbarung gilt bis zum 31. Dezember mit 10tägiger Kündigungsfrist.

Der amerikanische Markt ist mit alten Maschinen überflutet

Für die große Umwälzung, die gegenwärtig in der amerikanischen Industrie vor sich geht, wo neue arbeitssparende Maschinen eingeführt werden, ist der Bericht der Zeitschrift der amerikanischen Schwereindustrie „Iron Age“ über die Überflutung des Marktes mit alten Maschinen sehr bezeichnend. Eine, wie es dort heißt, ungeheure Anzahl von gebrauchten Maschinen ist auf dem Markt erschienen und steht mit den neuen Typen im Wettbewerb. Die Fleißarbeit wird immer weiter eingeführt. „Iron Age“ berichtet über die Umstellung des Großbetriebes „Interstate Foundries“ in Cleveland, wo durch Einführung des laufenden Bandes (Conveyor) ohne Verringerung der Leistungsfähigkeit eine Ersparnis von 60 % an Fabrikraum mit erheblich verminderter Transports- und Arbeitskosten erzielt wurde. Was die europäische Industrie angeht, so kauft diese dem erwähnten Bericht zufolge keine amerikanischen Standardmaschinen, da der Prozess der Standardisierung durch Verringerung der Typenzahl in Europa noch nicht fortgeschritten ist. Dagegen ist eine lebhafter Nachfrage nach arbeitssparenden Maschinen, vor allem von deutscher Seite vorhanden. Hier steht aber der Geldmangel größeren Anschaffungen im Wege. Die Maschinen können nur auf Kredit gekauft werden, und es wird daher vorgeschlagen, daß sich die Banken mit der Vermittlung von Krediten für Maschinenlauf beschäftigen sollen. Die englische Industrie scheint am wenigsten geneigt zu sein, sich die neuen amerikanischen arbeitssparenden Maschinen anzuschaffen.

Wenn wir die Folgerung aus den obigen Ausführungen ziehen, so kommen wir zu dem Ergebnis: Nüchternheit, volle Sammlung der Gedanken, Beachtung der zum mindesten gut gemeinten Vorschriften.

Massenschritt in Breslau

Bei einem Rückblick auf den Verlauf der Breslauer Tagung muß auch der Breslauer Arbeiterschaft gedacht werden. Sie hat alles getan, um den Vertretern aus allen Gauen Deutschlands den Aufenthalt in Breslau so angenehm wie möglich zu gestalten. Unvergleichlich werden den Vertretern die Stunden sein, die sie im Kreise ihrer Breslauer Kollegenschaft verbracht haben. Auch die Anteilnahme an den Arbeiten des Kongresses war gut. Die Galerien im Tagungslokal waren immer gefüllt mit Arbeitern und Arbeiterinnen, Mann und Jungens, die mit Andacht den Kongressreden lauschten. Besondere Erwähnung verdient die Fahrt nach dem Zobtengebirge. Auf der Rückreise fanden die Arbeiter zu Tausenden an den Bahnhöfen, um dem Kongress ihren Gruß zu bringen. Gewerkschaftsmitglieder, Reichsbanner und freie Turner metzelten in ihren Darbietungen, die bei Musik und Fackelschein auf die Vertreter einen tiefen Eindruck machten. Den Höhepunkt erreichten die Darbietungen am letzten Abend. 10 000 Fackelträger umarmten den Demonstrationszug der Breslauer freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft, der auf 60- bis 70 000 Teilnehmer geschätzt wurde. Für den Fall im Zug folgten 20 Musikkapellen und das Reichsbanner, zu Tausenden angeordnet, schloß die Teilnehmer vor Anreisepulgen, die von Seiten der mordspatriotischen Wälzchen zu erwarten waren. Zwei Stunden dauerte der Zug, um den Aufmarsch in den Parkaden zu vollenden. Die Arbeiterfänger begrüßten die Erscheinungen durch einen Freischießer, dann zeigten 250 Arbeiter-türmer Massengruppen, die bei Bumfeuerzeichen ein übergeköpftes Bild boten. Ein kurze Ansprache an die Masse der Teilnehmer beschloß die erhabene Kundgebung. Alle, die den letzten Abend der Bundestagung vor der Breslauer Tagungshundertkalle erlebten, werden diese Stunden dauernd im Gedächtnis bewahren. Ein Lichtbild nach al der trüben Zeit Den Breslauer Arbeitern aber umiren Dank.

Um die zentrale Streikkasse

Auf dem jüngsten Kongress des belgischen Gewerkschaftsbundes... die Gründung einer zentralen Streikkasse zur Sprache. Von da an, der die Aussprache einleitete, erklärte vor allem, daß angestrichelt...

In diesem Zusammenhang ist auch ein Auftrag des Vorstandes des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu erwähnen, dessen Bundeskomitee auf Grund eines Kongressbeschlusses ebenfalls diese Frage zu studieren hat...

Bei der Ausarbeitung eines endgültigen Entwurfes denkt nun die Schweizerische Landeszentrale an die Errichtung einer Kasse, die eigens als Solidaritätskasse geführt werden soll...

Was die Speicherung des Fonds betrifft, so werden Solidaritätskassen ins Auge gefaßt, die sich ständig im Umlauf befinden und auch unter den Unorganisierten abgehakt werden sollen...

Die bereits angeordnete, ist die Frage der zentralen Streikkasse national und international meistens noch nicht geklärt. Gelingen wird ihr ebenfalls im Zusammenhang mit den großen Arbeitskonflikten...

Unternehmerkünfte

Bei der letzten Verhandlung, die der DMS mit dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der Rheinwestfälischen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie hatte, wurde vom DMS behauptet, daß ein bindender Beschluß des Arbeitgeberverbandes darüber vorliege, in dem gleichen Hauptzweck Arbeiterentlassungen vorzunehmen...

Arbeiterverband für den Bezirk der Rheinwestfälischen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie. Eing. 22. Juli 1925 l. Rüdelsdorfer Nr. 50/25 Kr. Düsseldorf, den 21. Juli 1925.

An unsere Mitglieder! Betr. Ausgabebefähigung. Der Antrag hat sich in seiner Sitzung am 16. Juli 1925 nach eingehender Aussprache folgenden Beschluß des Vorstandes vom 6. Juli 1925 angeknüpft:

Für den Fall, daß der Beschluß vom 21. Juni 1925 über die Höhe der Arbeiter für verbindlich erklärt wird: Den Mitgliedsorten wird unter Vertragsstrafe anverlangt, gemäß den Bestimmungen einer vom Vorstand einzusetzenden Kommission eine der Erhöhung der Tarifhöhe entsprechende Herabsetzung der Belegzahlen vorzunehmen.

Der Antrag wählte in der Kommission, die bindende Richtlinien zur Ausfüllung des Beschlusses aufstellen soll, nachfolgende Herren: Direktor Bräutigam, Dortmund, Eisen- und Stahlwerk Pöschel, Schenker Dr. Gaus, Eisen, Friedr. Krupp A.-G.; Konrad Dr. Altmann, Dortmund, Ang. Altmann, Generaldirektor Krupp, Rüdelsdorf, Fritz Schumann & Co.; Dr. Frieser, Düsseldorf, A. Pöschel, Düsseldorf, Pöschel A.-G.; Direktor Schreiber, Düsseldorf, Pöschel A.-G.; Direktor Stoll, Düsseldorf, Deutsche Maschinenfabrik; Direktor Wolf, Düsseldorf, Maschinenbauwerke.

Als Sitzung für die Festsetzung der Belegzahlen für den Sommer der Entlassungen gilt der 1. Juli 1925, der Beschluß ist bis 15. August 1925 heranzuführen.

Für die Durchsetzung des Beschlusses sind die hiesigen Kommissionen einzusetzen. Unbillige Fälle sollen bei der Durchsetzung der Herabsetzung der Belegzahlen berücksichtigt werden. Ergänzung dieser Mit. Nr. 50/25, daß nach Festsetzung der angemessenen Belegzahlen der Gehaltssatz dementsprechend 5 % erhöht wird.

In der Anlage Heranziehen wir Ihnen ein Entwurf über die möglichen Belegzahlen, die für die Einigung in Betracht kommen, sowie zwei Beispiele für die an die Demobilisierungsbehörde zu erhaltenden Anträge.

Der Geschäftsführer: Dr. G. Hoff. Anlage 2 zum Rüdelsdorfer Nr. 50/25 vom 21. Juli 1925. Wapfer für Betriebsstilllegungen.

A. Es werden Betriebsstilllegungen ganz oder teilweise stillgelegt. Da die Firma Regierungspräsidenten in...

Überdies gehen wir an, daß wir genehmigt sind, unsere Mitglieder mit der dort beschlossene Belegzahl in Höhe von... Anträgen zu entlassen.

Wir bitten, uns die Genehmigung zu erteilen, die betreffenden Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist zu entlassen. Wir sind zu...

dem Schritt gezwungen, weil bei dem Mangel an Absatz, bei den hohen Herstellungskosten, bei den niedrigen derzeit erzielten Preisen ein auch einigermaßen wirtschaftliches Arbeiten des Betriebes ohne die beabsichtigte Einschränkung nicht möglich ist.

Hiermit zeigen wir an, daß wir gezwungen sind, Arbeiter zu entlassen. Wir erstaten diese Anzeige zu Ihrer Unterrichtung, da unseres Erachtens die Betriebsstilllegungsverordnung auf uns keine Anwendung finden kann, weil keine Betriebsanlagen betroffen werden. Sollte aber dort die Ansicht bestehen, daß eine Anzeige erforderlich ist, so bitten wir, diese als solche zu betrachten und uns die Genehmigung zu geben, die betreffenden Arbeiter mit dem Ablauf der Kündigungsfrist zu entlassen.

Dieses Rundschreiben bringt des Rätsels Lösung, wieso in der letzten Zeit im Gebiete der Nordwestlichen Gruppe ohne ersichtlichen Grund ja viele Entlassungen durchgeführt wurden. Befanden sich doch unter den Werken, die nach der Pfeife ihrer Zentralstelle tanzen, Unternehmungen, die nach ihrem Geschäftsbericht noch für Monate mit Aufträgen zu lohnenden Preisen versehen waren.

Organisiert euch!

Dieser Ruf erschallt in letzter Zeit besonders oft in Unternehmerkreisen. Der Deutsche Industrieklubverband, Sitz Dresden, macht mächtige Anstrengungen, um auch den letzten Unternehmer in seine Organisation zu ziehen. Dieser Verband gewährt bei entsprechenden Beiträgen außerordentlich hohe Unterstufen bei Streiks und Auslagerungen; er ist also in der Hauptsache eine Streikentlastungsgesellschaft, die in der Mehrzahl die mittleren und kleineren Unternehmungen umfaßt.

Dieses Rundschreiben bringt des Rätsels Lösung, wieso in der letzten Zeit im Gebiete der Nordwestlichen Gruppe ohne ersichtlichen Grund ja viele Entlassungen durchgeführt wurden. Befanden sich doch unter den Werken, die nach der Pfeife ihrer Zentralstelle tanzen, Unternehmungen, die nach ihrem Geschäftsbericht noch für Monate mit Aufträgen zu lohnenden Preisen versehen waren.

Lieferungssperre gegen Konjunkturvereine

Nachdem wir wiederholt berichtet haben, wie man diejenigen Konjunkturvereine, die Kohlen und Weisste unter dem von den Kohlenhändlern festgelegten Preise verkaufen, damit bedrohte, über sie die Lieferungssperre zu verhängen, ist nunmehr festzustellen, daß man gegen die Konjunkturvereine zu Vorgehen begonnen ist und über sie die Lieferungssperre verhängt hat.

Stand der Nahrungskosten laut Metzzahl

Die folgende Aufstellung, die die Neue Zürcher Zeitung am 7. August brachte, bezieht sich auf die Nahrungsmittel, nicht auf auf Meise und dergleichen.

Table with 3 columns: Land, In der Reichswährung (Gabe 1924 / Mitte 1925), In Gold (Gabe 1924 / Mitte 1925). Lists various countries like Schweden, England, Polen, Österreich, etc.

Wie sah der Verbandsbeitrag vor?

Nach der monatlichen Lohnabrechnung der dem Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften ergibt sich, daß sich vom Januar 1924 bis zur Mitte des Jahres 1925 die Höhe, die nach dem, von 20 bis 37,2 % oder im Gesamtanspruchsumme aller Beiträge von 30,3 % die Stunde erhöht haben. Diese Lohnerhöhung kam nicht von selbst. Sie wurde erzwungen auf dem Verhandlungswege oder durch Kampf, „gefaßt“ werden. Von den genannten Erhöhungen haben die Unternehmer keine einzige freiwillig bezahlt.

alle Arbeiter organisiert sind, in vielen Fällen keine 50 vH der beteiligten Arbeiter, kann ergibt sich, daß bei einer völligen Organisation das Doppelte an Kampfmitteln zusammengetragen würde. Damit wäre dann auch der doppelte Erfolg zu erzielen, so daß mit durchschnittlich nicht 30, sondern 60 % an Lohnsteigerung hätten erlangen können. Da wir diesen Erfolg nicht in der Tasche haben, danken wir in erster Linie den Beitragenden, den Unorganisierten. Sollte das nicht zum Nachdenken anregen?

Wie kommunistische Betriebsräte hineingelegt werden

Im Juli sollte in Russland ein Prüfungsfahren für Lastkraftwagen stattfinden. Angeblich sollen alle deutschen Firmen, die Lastkraftwagen herstellen, aufgefordert sein, sich an dieser Prüfungsfahrt zu beteiligen.

In diesem Jahre wollte die Firma Schläuer zu Werke gehen. Wozu hat man denn einen aus Sowjetrußland schwedenden Arbeiterratsvorsitzenden? Geht, geht! Der Arbeiterratsvorsitzende Schwarz, Mitglied der kommunistischen Partei, ihr großes Licht im Bogland und gewählter Vertreter auf dem internationalen Kongress der RFD, wurde zu dieser außerordentlichen diplomatischen Mission von der Firma ausgeschieden.

Daraus ist ersichtlich, daß der Arbeiterratsvorsitzende Schwarz wie ein Sempel auf die von der Direktion ausgelegte Leinwand gehüpft ist. Er soll doch im Auftrag der Firma dort wirken. Weil er ein angeblich einflussreiches Mitglied der deutschen RFD ist, glaubt die Firma bei ihm ihre Geschäftsfrage am besten gewahrt. Diese Kollegen schimpfen dann über das „Passieren“ mit den Unternehmern, über die angebliche Arbeitsgemeinschaftspolitik, über unsere Mitarbeit im Wirtschaftsleben, die nur dem Wiederaufbau des Kapitalismus diene, und wie die Tiraden alle lauten.

Berichtigung

Im Vorstandsbericht zum zwölfsten deutschen Gewerkschaftskongress in Nr. 37 der MZ spricht Leipart den alten, nunmehr ausgeschiedenen Bundesmitarbeiter Heine und Sohn den Dank aus. Wie die Kollegen schon selbst gefunden haben werden, muß es C o h n e heißen, denn es handelt sich um unsern alten Verbandskollegen Adolf Cohen, früherer Bevollmächtigter für Groß-Berlin und nachmaliger dritter Bundesvorsitzender.

Gewerkschaften

Gewerkschafts-Archiv. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Aus dem Inhalt des Septemberheftes haben wir herab: Wirtschaftsdemokratie von R. Zwing, Die Wirtschaftskämpfe in Deutschland im zweiten Vierteljahr 1925 von Dr. F. Kuchardt, Die Kohlenkrise von Dr. A. Braunthal, Organisationsprobleme der wirtschaftlichen Interessensvertretung von Dr. D. Suhr, Gewerkschaften und Arbeiterbildung von Dr. Th. Cassan. Diesen Aufsätzen schließt sich eine diesmal sehr reichhaltige Rundschau an.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallverband Stuttgart. Am Sonntag dem 27. Sept. ist der 40. Wochensbeitrag für die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsbüro Reisegebühren erheben. Das Ansuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 5 columns: Verwaltung, Für Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III, IV wöchentlich, Betrag der Extraerhebung. Lists various cities like Dresden, Hamburg, Leipzig, etc.

Die Richtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge. Stuttgart, Rüdelsdorfer 16. Der Verbandsvorsitzende.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

- von Elektromonturen nach Danzig St.; von Feilearbeitern nach Berlin 2.; von Drehschleifmonturen nach Danzig St.; von Schweißern und Instalatoren nach Danzig St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig St.; von Schiffbauern und Ingenieuren nach Danzig St.; von Holz- (Leipziger Metallindustrie) A.-G. D.; nach Detmold (Leipziger Metallindustrie) A.-G. D.; nach Tafelberg (Leipziger Metallindustrie) A.-G. D.; nach Detmold (Leipziger Metallindustrie) A.-G. D.; nach Detmold (Leipziger Metallindustrie) A.-G. D.

Verbandsanzeigen

Gefragt wird wegen einer sehr dringenden Angelegenheit der Einrichter August Altenborn, geb. 17. April 1873 in Berlin, eingetretet am 3. April 1916 zu Berlin unter Buchnummer 2427/009. Seine Adresse ist unzugänglich an die Ortsverwaltung Berlin mitzuteilen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rüdelsdorfer 16.